A 1 Universitätsbibliothek

Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild" und „Das Leben im Wort"

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.— RM — Durch die Post bezogen 1.10 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauersche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Kaufmann Hugo Mögling (vorm. Ww. Meitz), Markt 34/35
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 221. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten:
Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 114 — Donnerstag, den 22. September 1932. — 45. Jahrgang

Zweierlei Englisch

Präsident Henderson nach Minister Simon.

Der Vorsitzende der Abrüstungskonferenz, Henderson, hat dem Reichsaußenminister Freiherrn von Neurath in einem Brief die deutsche Absage für die Sitzung des Büros der Konferenz bestätigt, und er hat einen Tag später in einem Zeitungsaufsatz seine Auffassung über die Haltung Deutschlands und die aus ihr abzuleitenden Folgen niedergelegt.

Diese beiden Verlautbarungen des von England desselben Präsidenten der Abrüstungskonferenz, also wohl doch des für das ganze Abrüstungsproblem kompetentesten Engländers, unterscheiden sich sehr auffällig von der Note, die der englische Außenminister Simon in der Abrüstungsfrage an die Reichsregierung gerichtet hat.

Der Unterschied liegt sowohl in der Form wie in der Gesinnung. Präsident Henderson hat sein Schreiben an den Reichsaußenminister in einem überaus konzilianten Ton gehalten und sich bemüht, den deutschen Gründen für das Fernbleiben von der Konferenz sachliche und stimmungsmäßige Gegengründe entgegenzustellen, die zeigen,

daß er die Berechtigung des deutschen Standpunktes anerkennt, und daß auch er keinen Zweifel an der Notwendigkeit lassen möchte, zu positiven Ergebnissen zu kommen.

Wenn er sich auf seine Rede vor der Generalkommission bezieht und sich selbst zitierend sagt, wenn er nicht an eine Zeit der Ernte glaube, so würde er die Kommission bitten, ihn zu entschuldigen, daß er nicht noch einmal für ein halbes Jahr nach Genf käme, so ist das für den Kenner der Person Hendersons ganz gewiß nicht nur Zweckoptimismus, sondern der ehrliche Glaube an die Möglichkeit des Erfolges.

Die Ehrlichkeit der Gesinnung Hendersons und die Geradheit seiner Auffassung geht besonders eindringlich auch aus seinem Aufsatz im „News Chronicle" hervor, wo er sagt, daß auch für die Sitzung des Büros der Konferenz die deutsche Forderung auf Gleichberechtigung die entscheidende Frage sein werde, daß die Dringlichkeit dieser deutschen Forderung nicht zu unterschätzen sei, und daß keine Sektion der Abrüstungskonferenz darüber erstaunt sein könne, daß diese Frage jetzt mit solcher Dringlichkeit aufgeworfen werde.

Das klingt wesentlich anders als der schulmeisternde und völlig an dem Gewicht der Tatsachen vorübergehende Inhalt der Londoner Note. Wenn Henderson am Schluß seines Aufsatzes sagt, daß im Hinblick gerade auf die Bindungen von Versailles und Locarno nur eine Antwort auf die deutsche Forderung möglich ist, die sich nicht nur mit der Ehre, sondern ebenso mit der Aufrechterhaltung guter Beziehungen unter den Nationen verträgt, so spricht auch aus diesen Worten ein anderer Geist als aus denen des englischen Außenamtes. Die Kommentare der englischen Presse zu der Note an Deutschland zeigen, daß der überwiegende Teil der öffentlichen Meinung Englands ebenso denkt wie Henderson, und vielleicht bleibt doch noch ein Rest von Hoffnung, daß die verhärtete Bürokratie des englischen äußeren Dienstes durch solche Stimmen eines Besseren belehrt und auf den einzig möglichen Weg gewiesen wird. Niemand würde das mehr begrüßen als Deutschland.

Englische Kritik

London, 21. September.

Der liberale „News Chronicle" bedauert in einem Leitartikel den Entschluß Deutschlands, nicht nach Genf zurückzukehren, nennt ihn aber begreiflich. Es sei auch bedauerlich, daß die britische Denkschrift keinen entschiedeneren Beitrag zur Lösung dieses kritischen Problems bringe. Die Denkschrift des Foreign Office sei keineswegs ein Ausdruck der wahren Stimmung des Landes.

„Daily Expreß" schreibt: Das britische Publikum ist der Ansicht, daß der Friedensvertrag meint, was er sagt, und daß die britische Nation nicht beabsichtigt, sich mit den Deutschen zu vereinigen um der Franzosen willen, die nur ihre militärische Beherrschung Europas aufrechterhalten wollen.

Amerikanischer Druck

Deutschland soll sich an den Genfer Beratungen beteiligen.

Washington, 21. September.

Zur deutschen Forderung nach Gleichberechtigung hat der Präsident der Vereinigten Staaten, Hoover, eine Erklärung veröffentlicht, in der er darauf hinweist, daß die Haltung Amerikas zu dieser Frage klar sei. Es handle sich um eine europäische Frage, und überdies habe Amerika auch nicht den Vertrag von Versailles unterzeichnet. Die Vereinigten Staaten hätten lediglich an einer schrittweisen Abrüstung in der ganzen Welt Interesse und wünschten, daß sich Deutschland weiterhin an der Abrüstungskonferenz beteilige, die heute für die ganze Welt so erfolgversprechend sei. Die Vereinigten Staaten würden ihre Hilfe leihen, um dieses Ziel zu erreichen.

Kanzler und Landtagspräsident

Die Beanstandung eines Parlamentsbeschlusses.

Berlin, 21. September.

In der Presse wird im Zusammenhange mit dem Bericht über den Empfang des Landtagspräsidenten Kerrl bei Reichspräsident von Hindenburg davon gesprochen, daß Reichskanzler von Papen, der bei diesem Empfang zugegen war, von dem Landtagspräsidenten die Zurücknahme eines seinerzeit gefaßten Landtagsbeschlusses verlangt hat, wonach den preußischen Beamten geraten wurde, den Anordnungen der kommissarischen Staatsregierung nicht Folge zu leisten.

Von zuständiger Stelle wird dazu erklärt, daß Reichskanzler von Papen in der Tat der Erwartung Ausdruck gegeben hat, daß es bei diesem Beschluß des Landtags nicht bleiben werde. Der Kanzler hat den Landtagspräsidenten darauf aufmerksam gemacht, daß die kommissarische preußische Staatsregierung sich mit einem derartigen Beschluß des preußischen Landtags nicht abfinden könne.

Es handelt sich um einen kommunistischen Antrag, der in der Sitzung des Preußischen Landtags vom 30. August dieses Jahres Annahme fand. Der Antrag lautet: „1. Der Reichspräsident wird aufgefordert, sofort seine Verordnung vom 20. Juli 1932 betr. die Einsetzung des Reichskommissars für Preußen aufzuheben; 2. alle auf Grund dieser Verordnung getroffenen Maßnahmen sind sofort rückgängig zu machen;

3. kein Beamter oder Angestellter ist verpflichtet, den auf Grund dieser Verordnung erlassenen Dienstanweisungen nachzukommen.

Die Beanstandung richtet sich gegen die Forderung zu 3, die mit einer aus Nationalsozialisten und Kommunisten bestehenden Mehrheit zum Landtagsbeschluß erhoben wurde.

Die Zustimmung zum Regierungsprogramm

Von der Reichskanzlei wird mitgeteilt: Dem Reichskanzler sind aus Anlaß des durch Rundfunk verbreiteten Regierungsprogramms eine so ungemein große Anzahl von Zustimmungserklärungen aus allen Teilen des Landes zugegangen, daß er sich zu seinem Bedauern außerstande sieht, sie alle persönlich zu beantworten.

Er übermittelt daher auf diesem Wege seinen herzlichen Dank allen denen, die sich in der Not des Vaterlandes mit heißem Herzen als Kämpfer in die Reihen der Front „mit Hindenburg für Deutschlands Erneuerung" stellen.

Rückkehr Dr. Schnees

Herzlicher Empfang in Berlin.

Berlin, 21. September.

Gouverneur z. D. Dr. Schnee, das deutsche Mitglied der Völkerbundskommission für den chinesisch-japanischen Konflikt, traf aus Ostasien kommend in Berlin ein. Dr. Schnee hat auf dieser Reise insbesondere eng mit Lord Lytton, dem Führer der Kommission und früheren Vizekönig von Indien, zusammengearbeitet. Auf dem Bahnhof hatten sich neben der Gattin des Gouverneurs der japanische Botschafter und eine große Zahl von Persönlichkeiten zum Empfang eingefunden. In einer Ansprache brachte Exzellenz Dr. Schnee zum Ausdruck,

daß er es als seine Pflicht erachte, seine Kräfte jetzt einzugliedern in den großen Kampf um Deutschlands Gleichberechtigung, das heißt um die Erringung der nationalen Sicherheit für Deutschland, die Beseitigung der Kriegsschuldlüge, die Wiedergewinnung deutscher Kolonien, die Lösung der Fragen, die mit dem Auslandsdeutschtum zusammenhängen.

Exzellenz Schnee schloß seine Ausführungen mit dem Hinweis darauf, daß wirkliche Gleichberechtigung erst vorhanden sein würde, wenn der Versailler Vertrag in seiner Gesamtheit beseitigt sei.

Staatsgerichtshof am 6. Oktober

Vorläufig auch keine Reichsratssitzung.

Berlin, 21. September.

Der Termin vor dem Staatsgerichtshof, in dem über die Klage der preußischen Minister wegen der Einsetzung des Reichskommissars entschieden werden soll, wird nochmals eine Vertagung erfahren.

Die Verhandlung, deren Beginn für den 29. September in Aussicht genommen worden war, wird voraussichtlich erst am 6. Oktober beginnen.

Im Reichsrat besteht unter diesen Umständen die ungeklärte Lage fort. Weder das Reichsratsplenum noch Ausschüsse des Reichsrats sind bisher zu Sitzungen einberufen worden. Da dringlicher Arbeitsstoff zurzeit für den Reichsrat nicht vorliegt, wird man auch in der nächsten Zeit noch die Einberufung des Reichsrats nach Möglichkeit vermeiden. Eine Reichsratssitzung vor der Entscheidung des Staatsgerichtshofs würde jedenfalls den Konflikt mit aller Schärfe von neuem wieder aufleben lassen, da die bisherigen preußischen Reichsratsbevollmächtigten nach wie vor allein das Recht in Anspruch nehmen, Preußen im Reichsrat zu vertreten.

National und sozial!

13. Kongreß der christlichen Gewerkschaften.

Düsseldorf, 21. September.

Der 13. Kongreß der christlichen Gewerkschaften setzte die Aussprache über die allgemeine wirtschaftliche und politische Lage fort. Die Aussprache nahm den ganzen Vormittag in Anspruch. Besonders eingehend wurde die wirtschaftspolitische und soziale Frage behandelt.

Eindringlich schilderten die Delegierten die harte Not der erwerbslosen Kollegen und Kolleginnen, denen bei den jetzigen Unterstützungssätzen jede Existenzmöglichkeit fehle.

Sie forderten Ausbau der christlichen Arbeiterhilfe, die so segensreich gewirkt hat, an die aber in der kommenden Zeit große Anforderungen gestellt werden müssen.

Nach Schluß der Aussprache stellte Abgeordneter Schaar-Leipzig fest, daß die christlichen Gewerkschaften sich mit aller Macht gegen diejenigen Kreise wehren werden, die die Absicht haben, die Arbeiterschaft in Deutschland wieder zu Staatsbürgern zweiter Klasse zu machen. Dann fuhr der Redner fort: Trotz allem, was in der letzten Zeit passiert ist, muß immer noch die hohe Verantwortung, die die christlichen Gewerkschaften gegenüber Staat und Volk tragen, unterstrichen werden. Wir als christliche Gewerkschaften bedauern es in außerordentlichem Maße, daß mit dem Ausdruck nationaler Willensäußerung so viel antisoziale Gesinnung verknüpft worden ist.

Alles, was hier gegen die Politik der letzten Monate gesagt worden ist, geschah nicht vom parteipolitischen Standpunkt aus; es ist gesagt worden, um dem Volke zu dienen, denn wer der Arbeiterschaft dient, dient auch dem Volke. Was wir fordern, ist, daß nationale Gesinnung und soziale Gesinnung untrennbar für alle Zukunft sein müssen.

Nach Verlesung des Berichts der Mandatsprüfungskommission trat eine kurze Mittagspause ein. Nach der Mittagspause sprach der Geschäftsführer des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, F. Baltrusch, Mitglied des RWR., über die Wirtschaftskrise und die volkswirtschaftliche Organstellung der Gewerkschaften.

Die Herbstmanöver 1932

Riesige Mengen von Schlachtenbummlern im Gelände.

Frankfurt a. O., 21. September.

Die in dem Oder-Warthe-Bogen angesetzten roten Kräfte, darunter ein Kavalleriekorps, hatten bis zum Abend mit der Masse etwa die Gegend Meseritz—Schwiebus—Züllichau erreicht. Die weit vorgeschobenen Aufklärungstruppen, unter denen sich auch motorisierte Patrouillen befinden, hatten den Auftrag, über die Oder beiderseits nach Westen vorzustoßen. Von diesen Aufklärungskräften erreichten unter schwachen Kämpfen die nördlich vorgehenden Teile die Gegend zwischen Reppen und Sternberg, die südlich über Crossen vorgehenden die Oder beiderseits von Fürstenberg. In der Gegend von Fürstenberg kam es zu Kämpfen mit schwachen blauen Sicherungstruppen, die über die Oder nach Westen zurückgedrängt wurden, denen es aber noch möglich war, die Brücke bei Fürstenberg zu sprengen. Schwachen Teilen der roten Partei gelang südlich von Fürstenberg der Uebergang auf das Westufer der Oder.

Blaue Reservetruppen haben am Morgen die Oder bei Küstrin überschritten. Die blaue 3. Division hatte den Auftrag, bis zum 19. insbesondere die Linie Reppen—Drossen zu erreichen und die Aufklärung auf Sternberg vorzutreiben. Dieses Ziel wurde von der Masse der 3. Division ohne Kampf in den Nachmittagsstunden erreicht. Blaue Aufklärungstruppen stießen zwischen Reppen und Sternberg auf die über Sternberg vorgehenden roten Truppen.

Der Reichspräsident traf am frühen Nachmittag auf dem Manövergelände ein und wohnte dem Uebergang der Reiterdivision über die Oder bei.

Die Beteiligung der Zuschauer aus allen Schichten der Bevölkerung ist ungeheuer. Aus der ganzen Ostmark sind die Menschen zusammengeströmt. Erfreulicherweise verfolgen auch viele Schulklassen unter Führung ihrer Lehrer das heutzutage in Deutschland ja so seltene militärische Schauspiel, das auf dem sturmumbrandeten Boden dieses Grenzlandes besondere Bedeutung besitzt.

Front gegen Japan

Internationale Sorge ersten Ranges.

London, 21. September.

Die japanische Haltung in der Frage der Mandschurei hat nicht nur den nationalen Widerstand in China von neuem angefacht, und die einander bekämpfenden Parteien wenigstens fürs erste zusammengeführt, auch die internationale Politik wird durch das Vorgehen Japans aufs stärkste in Mitleidenschaft gezogen, und auch hier zeigt sich eine gemeinsame Front gegen Tokio.

Besonders in den Vereinigten Staaten kommt die Empörung und die Sorge über die japanische Politik sehr lebhaft zum Ausdruck und führt bis zu Erwägungen über diplomatische und nötigenfalls auch militärische Gegenmaßnahmen. Die englische Diplomatie kommt etwas langsamer in Schwung, aber auch in London ist man sich klar darüber, daß die Erklärung des japanischen Außenministers über die Einschränkungen der „offenen Tür" in der Mandschurei zu internationalen Verwicklungen führen muß. Der auf dem Heimweg befindliche Völkerbundsausschuß, der die Zustände in der Mandschurei an Ort und Stelle geprüft hat, sieht nach Berichten und Aeußerungen seiner maßgebenden Mitglieder die Lage als überaus kritisch an und glaubt, daß Japan seine politischen Ziele nur mit Gewaltmaßnahmen durchsetzen könnte. So wird das mandschurische Problem zu einer internationalen Sorge ersten Ranges und dürfte sich bald

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219320922-16/fragment/page=0001

neben der Abrüstungsfrage und den wirtschaftlichen Auseinandersetzungen in den Vordergrund der weltpolitischen Arena drängen.

Deutsche Tagesschau

Reichspräsident bestimmt 6. November zum Wahltag.

Reichspräsident von Hindenburg hat durch Verordnung bestimmt, daß die Neuwahl des Reichstages am 6. November 1932 stattfindet.

Beginn der Finanzministerkonferenz.

Im Reichsfinanzministerium hat unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers Grafen Schwerin von Krosigk die Konferenz mit den Finanzministern der Länder begonnen. Es handelt sich dabei bekanntlich darum, die Fragen des Wirtschafts- und Finanzprogramms der Reichsregierung, die sich aus der letzten Wirtschaftsverordnung ergeben, im einzelnen durchzuberaten und Wege zur praktischen Durchführung zu weisen.

Bürgersteuer 1932.

In einem gemeinsamen Runderlaß des preußischen Innenministers und Finanzministers wird darauf hingewiesen, daß, nachdem das preußische Staatsministerium durch die Verordnung vom 13. September 1932 bestimmt hat, daß die Bürgersteuer von allen Gemeinden, die die Bürgersteuer für das Rechnungsjahr 1931 erhoben haben, erhoben wird, es einer erneuten Beschlußfassung oder Genehmigung zur Weitererhebung nicht bedarf.

Einberufung des Zentralausschusses der Reichsbank.

Der Zentralausschuß der Reichsbank ist auf heute einberufen. Wie hierzu aus Bankkreisen noch verlautet, dürfte nach Aufhebung der Diskontbindung die Frage einer Diskontsenkung um 1 Prozent erörtert werden.

Verbot der Wochenschrift „Das Reichsbanner".

Der Oberpräsident in Magdeburg hat auf Ersuchen des kommissarischen preußischen Ministers des Innern die in Magdeburg erscheinende Wochenschrift „Das Reichsbanner" wegen des Artikels „Die Schuld von Ohlau" mit dem Untertitel „Offener Brief an den stellvertretenden Reichskommissar in Preußen, Oberbürgermeister Dr. Bracht" in Nr. 38 vom 17. September 1932 auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen vom 14. Juni 1932 auf die Dauer von vier Wochen verboten.

Auslands-Rundschau

Das erste Veto des Memelland-Gouverneurs.

Der Gouverneur des Memelgebietes, Gylys, hat gegen das vom Landtag des Memelgebietes im August verabschiedete Gesetz zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sein Veto eingelegt. Er begründete das Veto damit, daß das Gesetz nicht mit den Prinzipien der Staatsverfassung übereinstimme. Es ist das erste Veto des neuen Gouverneurs Gylys.

Besserung der österreichischen Handelsbilanz.

Im Monat August belief sich der Wert der Einfuhr nach Oesterreich auf 104,3 Millionen Schilling und der Wert der Ausfuhr aus Oesterreich auf 56,4 Millionen, so daß die Handelsbilanz mit 47,9 Millionen Schilling passiv war. Im Vergleich zum Monat Juli ist die Einfuhr um 5,1 und die Ausfuhr um 2,1 Millionen Schilling zurückgegangen, das Passivum ist daher um 3 Millionen Schilling gesunken.

Gandhi im Hungerstreik.

Gandhi hat die Bedingungen, die die Regierung für seine Freilassung gestellt hat, abgelehnt und weigert sich, seine Zelle zu verlassen. Er hat Vertreter der verschiedenen Klassen der Hindus empfangen, darunter auch solche der Parias. Pünktlich um 12 Uhr teilte er mit, daß er mit dem Hungerstreik begonnen habe.

Eine chinesische Note an England.

Eine chinesische Note über das Vorgehen Japans in der Mandschurei ist dem englischen Außenminister Sir John Simon überreicht worden. Das mit den an die anderen Signatarmächte des Neunmächtevertrages gerichteten Noten gleichlautende Schriftstück schließt mit dem Ersuchen, die Mächte möchten diejenigen Maßnahmen ergreifen, die der durch Japan geschaffene Zustand erfordere.

Kleine politische Meldungen

Vor einer sozialistischen Regierung in Schweden. Die schwedische Presse nimmt im allgemeinen an, daß eine sozialistische Regierung jetzt zustande kommen werde. Der sozialdemokratische Parteiführer Redakteur P. A. Hansson würde in diesem Falle Ministerpräsident werden.

Primo de Riveras Söhne wieder freigelassen. Die beiden Söhne Primo de Riveras, die am 10. August in Madrid verhaftet worden waren, sind wieder in Freiheit gesetzt worden.

11 413 Verurteilungen wegen zivilen Ungehorsams. In der indischen Provinz Sindh und in der Präsidentschaft Bombay sind vom Januar bis zum Juli 11 413 Personen, darunter 657 Frauen, wegen zivilen Ungehorsams verurteilt worden.

Aus der Umgegend

Nebra, 21. September.

— **Ein Goetheabend der Volksschule.** Wie wir hören, tritt am 25. September die hiesige Schule im Saale des Schützenhauses mit einem Goetheabend an die Oeffentlichkeit. Das Goethejahr soll nicht vorübergehen, ohne daß auch in unserem Städtchen das Andenken des Großen von Weimar wachgerufen wird. Goethe, der deutsche Mensch, hat jedem von uns etwas zu sagen. Goethisch werden, heißt deutsch werden. Wie bitter not tut uns das. Neben Goetheliedern, die vertraut sind, werden geboten Goethegedichte und Einzelbilder aus dem Leben des jungen und alten Goethe. Zum erstenmal sollen die Eltern und Freunde der Schule Gelegenheit haben, den neuen Lichtbildervapparat in Tätigkeit zu sehen. Ein Goethefilm wird Goethestätten und Höhepunkte in seinem Leben zeigen. Der Eintrittspreis ist so niedrig bemessen, daß jeder die Veranstaltung, die zu einem Erlebnis werden möchte, besuchen kann. Der Abend beginnt pünktlich um 8 Uhr.

— **Kirmessen.** Am kommenden Sonntag und Montag wird die Kirmes in Roßleben begangen. Als ein lebefroher Ort ist ja dieses größte Dorf im Kreise überall bekannt, das ganze Jahr hindurch wird dort dem Frohsinn gehuldigt; zur Kirmes jedoch ist in Roßleben der Gemütlichkeit eine ganz besondere Sorgfalt gewidmet, weshalb auch die Roßleber Kirmestage als das bedeutendste Volksfest im weiten Umkreise bekannt sind. Wer sich unter die frohgesinnte, den Ort durchflutende Menschenschar begibt, der vergißt bald Kummer und Sorge, wie von einer Wallfahrt wird er heimkehren, befriedigt von all den Einwirkungen des Tages auf sein bedrücktes Herz und neuen Mut mit nachhause nehmen zu weiterem Kampfe ums tägliche Brot. Für Bewirtung einer großen Anzahl Gäste ist in den leistungsfähigen Gaststätten aufs beste gesorgt, Unterhaltung bieten zahlreiche Schaustellungen auf dem Festplatze.

— **Jahresversammlung des Evangelischen Verbandes für die weibliche Jugend in der Provinz Sachsen.** Der seit 21 Jahren in der Provinz Sachsen tätige Evangelische Verband für die weibliche Jugend zählt zur Zeit 315 Vereine mit etwa 7100 Mitgliedern; er umfaßt im wesentlichen den Regierungsbezirk Magdeburg und einen Teil des Regierungsbezirkes Merseburg. Mit Rücksicht auf das Gustav Adolf-Gedächtnisjahr veranstaltet er seine Tagung vom 25. bis 27. September in Weißenfels unter der Losung „Verzage nicht", einem Wort aus dem Gustav Adolf-Feldlied. Eingeleitet wird die Tagung durch eine Rüstfeier. Am 25. September ist Jugendsonntag, an den sich am 26. und 27. eine Arbeitsgemeinschaft anschließt; behandelt werden folgende Themen „Die Stunde Gottes", „Blutsgemeinschaft — Geistesgemeinschaft", „Hat die Geschichte unseres Volkes uns in unserer Arbeit etwas zu sagen?" Die Festpredigt hält P. Riethmüller aus dem Burckhardthaus in Berlin.

— **Knapp 11 Milliarden Spareinlagen.** Die Einlagen bei den deutschen Sparkassen sind im Juli 1932 um 105,3 Millionen RM auf 10 918,6 Millionen RM zurückgegangen. Im Sparverkehr standen im Juli 371,9 Millionen RM Gutschriften 454,4 Millionen RM Lastschriften (Auszahlungen) gegenüber. Der Ueberschuß der Auszahlungen über die Einzahlungen stellte sich mithin im Juli auf 88,3 Millionen RM gegenüber 135,8 Millionen RM im Juni.

— **Inwieweit sind Jubiläumsgaben lohnsteuerpflichtig?** Verschiedene Fälle ungleicher steuerlicher Behandlung von Jubiläumsgaben durch örtliche Finanzämter hatten Veranlassung gegeben, beim Reichsfinanzministerium wegen einer einheitlichen Regelung vorstellig zu werden. Nach der nunmehr vorliegenden Antwort kann sich das Ministerium jedoch nicht entschließen, dieser Anregung zu folgen. Das Ministerium legt vielmehr Wert darauf, an der bisherigen Gepflogenheit der Klärung der Steuerfrage im Einzelfalle festzuhalten.

Roßleben. (Mitteldeutscher Handwerkerbund.) Nach einer längeren Sommerpause hielt die hiesige Ortsgruppe im M.-H.-B. am Montagabend im Hotel „Weintraube" eine Versammlung ab, mit welcher die für Vereinsarbeiten geeignetere Herbst- und Wintertätigkeit eingeleitet wurde. Der Besuch aus Handwerker- und Gewerbekreisen war zwar nicht sehr rege, immerhin aber ließ sich an der regen Teilnahme der Anwesenden an der Aussprache über die einzelnen Verhandlungspunkte erkennen, daß noch ein guter Stamm zur Organisation hält, der gegenüber der gegenwärtigen Wirtschaftsnot nicht gesonnen ist, die Hände in den Schoß zu legen. Der Vorsitzende, Herr Willy Becker, begrüßte die Anwesenden, insbesondere die als Gäste erschienenen Herren und veranlaßte die Verlesung der Niederschrift über die letzte Versammlung. Einwendungen gegen deren Abfassung wurden nicht erhoben. — Im Anschluß daran gab der Vorsitzende einen Ueberblick über die Vorstandstätigkeit innerhalb des Kreisverbandes während der Sommermonate. Es ist der geschickten Zusammenarbeit der Ortsgruppenvorstände im Kreise mit dem Kreisverbandsvorstand und der Bezirksbundesleitung gelungen, die unangenehmen Nachwehen, die sich bei der Aufhebung der Kreisbuchführungsstelle für einzelne Mitglieder ergaben, zu aller Zufriedenheit restlos zu liquidieren, so daß Nachteile für die mit Nachzahlungen bedrohten Mitglieder vermieden worden sind. Die Anwesenden sind mit diesem Ausklang der peinlichen Angelegenheit einverstanden und danken dem Vorsitzenden für die rege Wahrnehmung der Interessen der Mitglieder. — Der Vorsitzende gibt weiter bekannt, daß am 9. Oktober (Sonntag) ein Kreishandwerkertag in Querfurt anberaumt ist und fordert in anbetracht der wichtigen Tagesordnung zu reger Beteiligung auf. Für bequeme und für die Teilnehmer kostenfreie Fahrgelegenheit wird gesorgt sein. — Der in unserer Ortsgruppe immer willkommen geheißene Herr Dr. Teutloff-Halle hatte für die Versammlung einen Vortrag zugesagt. Der Vorsitzende dankte demselben für seine Bereitwilligkeit und erteilte ihm das Wort. Herr Dr. Teutloff stellte zunächst einiges richtig inbezug auf den bereits erwähnten Zusammenbruch der Kreisbuchstelle und legte dar, daß die unliebsamen Vorkommnisse eingetreten seien durch wiederholte Mißgriffe bei Auswahl des Personals für die Einrichtung, für welche Fehler der Zentralvorstand keineswegs verantwortlich gemacht werden könne. Er ging sodann zum Thema seines Vortrags über, in dem er ausführlich und überzeugend darlegte, wie die Not im deutschen Handwerk entstanden und sich immer weiter gesteigert habe durch die verfehlte Wirtschaftspolitik der Nachkriegsjahre einerseits, durch die Lauheit inbezug auf Organisationsfragen des sog. Mittelstandes anderseits. Die Idee der Nachkriegsregierungen, die deutsche Wirtschaftskrise durch Auslandsanleihen zu beseitigen, ist fehlgeschlagen, ja sogar verhängnisvoll für die Wirtschaft geworden, denn der Zinsendienst für diese Auslandsanleihen belastet die deutsche Gesamtwirtschaft in einem unerträglichen Ausmaß. Sodann aber sei weiter das vom Ausland hereingekommene Kapital nahezu restlos für eine ungesunde Industrialisierung der Wirtschaft und für Erhaltung eines übergroßen Beamtenapparats verwandt worden, während der Mittelstand gänzlich vernachlässigt worden ist. Jetzt, nachdem aus der anfänglich nur deutschen Krise eine Weltwirtschaftskrise sich entwickelt, der Industrie sich die Absatzgebiete verschließen, zeige es sich deutlich, daß all die Methoden der Industriebevorzugung die Hoffnungen nicht erfüllen. Die Umstellung wird unverzüglich erfolgen müssen, sie sei aber unmöglich bei Aufrechterhaltung des alles zersetzenden Parteiwirrwars. Man wird zwecks Hebung der Wirtschaft berufliche Vertretungen schaffen, für eigene Rohstoffe und verbilligtes Betriebskapital besorgt sein müssen. Dasselbe gelte auch für die Landwirtschaft. Recht eingehend erläuterte Redner die jetzt so oft gebräuchlichen Schlagwörter: Kommunismus, Sozialismus, Nationalsozialismus und zeigte an Hand von Tatsachen, daß in Wirklichkeit keine dieser drei Anschauungen für das deutsche Gemeinschaftsleben dienlich sein könne. Am Schluß dankte der Vorsitzende dem Redner für die Aufklärungen und hat letzteren um eine Wiederholung des Vortrags auf dem Kreisverbandstag in Querfurt, welchem Wunsch nachzukommen Herr Dr. Teutloff sich bereit erklärte. — Im weiteren Verlauf der Tagesordnung wurde über die verminderte Postzustellung, über die drohende Stillegung der Fortbildungsschule und auch über die immer mehr sich ausdehnende Schwarzarbeit gesprochen. Bezüglich des ersteren Punktes wurde der Vorstand beauftragt, eine Eingabe um Wiedereinführung der zweimaligen Zustellung an die maßgebende Behörde zu richten; bezüglich der Fortbildungsschule war man allgemein der Ansicht, daß eine Stillegung der mit vieler Mühe errichteten und trotz aller Not in Gemeinde und Gewerbe bisher durchgehaltenen Schule eine bedauernswerte Maßnahme sein würde. Im schlimmsten Falle würde evtl. das Handwerk bereit sein, noch weitere Opfer für deren Erhaltung zu bringen. — Daß die Schwarzarbeit sich weiter zum Schaden des Handwerks ausdehne, konnte nicht bestritten werden; die lebhafte Aussprache zu diesem Punkte aber ergab auch, daß so mancher Handwerker, der sich darüber beklagt, durch unbesonnene Vergebung von Aufträgen, durch Kauf von Hausierern und in Warenhäusern den Gewerbestand ebenso schädigt, wie die Schwarzarbeit. — Eine günstige Auswirkung der von der Ortsgruppe eingeführten Gutscheine für unbemittelte Wanderer konnte allerseits festgestellt werden und es wurde der Wunsch geäußert, daß die Ausgabe dieser Gutscheine eine noch größere Erweiterung erfahren möge.

Querfurt. In der Nähe des Bahndammes der Strecke Querfurt-Müchelnt wurden drei Wilderer von zwei Flurschutzbeamten auf frischer Tat ertappt. Es gelang, einen der Burschen zu stellen, der in seinem Rucksack ein Gewehr und einen erlegten Hasen hatte. Während des Handgemenges mit den Beamten konnte einer der Wilddiebe sich losreißen und entkommen. Die Festgenommenen sind Einwohner aus Obhausen und Schraplau.

Mücheln. Verhaftet wurden zwei Burschen aus den benachbarten Schmirma und Oechlitz. Sie sollen Einbruchsdiebstähle und andere Straftaten begangen haben. Nach ihrer Vernehmung in Mücheln wurden beide ins Querfurter Amtsgerichtsgefängnis gebracht.

Weißenfels. Der bei der Post beschäftigte Kraftwagenführer K. hat etwa 500 Mark Fahrgelder unterschlagen und ist geflüchtet. Die Polizei fahndet nach ihm.

Merseburg. Sozialpolitische Beschlüsse. Die letzte Stadtverordnetenversammlung, die nach vierteljährlicher Pause stattfand, stand bereits im Zeichen der Wahlen. Bürgermeister Daniel berichtete über die Wohlfahrtsfürsorge der Stadt. Um die Not der Erwerbslosen zu lindern, habe die Stadt eine Million Mark in Umlauf gebracht. Die Unterstützung für Oktober sei sichergestellt, darüber hinaus aber noch nicht. Privathilfe dürfe nicht abgelehnt werden. Ein kommunistischer Antrag wurde angenommen, den Erwerbslosen 40%, Arbeitnehmern mit Einkommen bis zu 200 Mark 30%, mit Einkommen bis 300 Mark 20%, bis 400 Mark 10% Verbilligung der Gas-, Wasser- und Elektrizitätspreise zu bewilligen. Angenommen wurde ferner ein Magistratsbeschluß betreffend Annahme eines unverzinslichen Reichsdarlehns von 7500 Mark für die Auffschließung des zur Bereitstellung von 100 Kleingärten bestimmten Geländes.

Halle. Die Stadt Halle erhält aus der Reichshilfe zur Erleichterung der Wohlfahrtslasten der Gemeinden und Gemeindeverbände für die Monate September und Oktober zusammen 460 000 Mark.

Halle. Angriffe auf Polizeibeamte. In der Trothaer Straße wurde ein Polizeibeamter bei der Personalienfeststellung eines Radfahrers, der ohne Licht fuhr, von diesem plötzlich angegriffen und an der Kehle gewürgt. Der Beamte mußte vom Polizeiknüppel Gebrauch machen, worauf der Täter die Flucht ergriff. Er konnte inzwischen ermittelt werden. — Aus dem gleichen Anlaß wurden in der folgenden Nacht zwei Polizeibeamte von einem Chauffeur angegriffen und zu Boden geschlagen. Obwohl mehrere Schüsse abgegeben wurden, konnte der Täter zunächst fliehen, wurde aber bald darauf verhaftet.

Eisleben. Das Preußische Staatsministerium hat den zum Bürgermeister von Eisleben gewählten sozialdemokratischen Kandidaten Dr. Appel nicht bestätigt. Die Ausschreibung der Stelle soll nicht den vom Magistrat aufgestellten Vorschriften entsprochen haben.

Mansfeld. Ueberfall auf der Landstraße. Wir berichteten seinerzeit über den Ueberfall auf einen Lehrling aus Dankerode zwischen Königerode und Dankerode. Ein Mann trat plötzlich aus dem Walde heraus, ging mit einer Schußwaffe auf den Lehrling los und forderte Geld von ihm. Als ein Motorradfahrer hinzukam, suchte der Räuber, verfolgt von dem Motorradfahrer, das Weite. Das Amtsgericht Mansfeld verurteilte den Täter, einen Erwerbslosen aus Ariern, jetzt zu drei Jahren Gefängnis.

Gorsleben (Mansf. Seekreis). Ein 20jähriges Mädchen, das bei einem hiesigen Gutsbesitzer in Stellung war, ließ sich zwischen Gorsleben und Naundorf von einem Zuge der Halle-Nettstedter Eisenbahn überfahren. Die Lebensmüde war sofort tot. Die Gründe zu dieser schrecklichen Tat sind nicht bekannt.

Heringen (Kr. Sangerhausen). **Die Stadtverordneten beschlossen die Einführung der Arbeitsdienstpflicht für jugendliche Erwerbslose bis zum 25. Lebensjahre gemäß den gesetzlichen Bestimmungen.**

Als Arbeitsprojekt ist die Regulierung der Helme und der Zorge in Aussicht genommen. Die Vorarbeiten sollen sofort in Angriff genommen werden.

Brücken (Kr. Sangerhausen). Turmuhrgewicht stürzt herab. Ein 12jähriger Schüler, der die Uhr des Kirchturms aufzog, verunglückte dabei schwer. Das Drahtseil, an dem das etwa 1½ Zentner schwere Gewicht hing, riß, und das fallende Uhrgewicht traf den Jungen auf Hinterkopf, Nacken und Schulter. Er wurde bewußtlos in die elterliche Wohnung gebracht.

Nordhausen. Eine „Goethe-Allee". Die „Kohnstein-Allee", auf der Goethe bei seiner Harzreise 1777 an Nordhausen vorbeiritt, soll den Namen „Goethe-Allee" bekommen.

Nordhausen. Weitere Verfehlungen des Stadtrats Meyer. Die Nachprüfung der Geschäftsführung des ehemaligen Stadtrats Meyer beim Spar- und Bauverein hat ergeben, daß Meyer sich auch bei der Verbuchung von Mieten Verfehlungen zuschulden kommen ließ. Weiter wird er beschuldigt, seiner Stenotypistin Gelder, die ihm für sie übergeben wurden, nicht ausgehändigt zu haben. Gleichwohl sollen Quittungen mit der Unterschrift des jungen Mädchens vorliegen.

Bad Tennstedt. Beim Einbiegen aus einer Seitenstraße in die Bahnhofstraße wurde der radfahrende 21jährige Fleischer Alfred Heise von einem Auto angefahren. Er konnte sich zwar allein heim begeben, starb aber einige Stunden später an den Folgen des Unfalls.

Schönebeck-Salzelmen. Die Kukirol G. m. b. H. hatte beim Magistrat den Antrag gestellt, die Stadt in „Bad Kukirol" umzutaufen und verpflichtete sich für diesen Fall zur Zahlung von 100 000 Mark. Der Magistrat hat den Antrag einstimmig abgelehnt, worauf die Gesellschaft ankündigte, daß sie eine Volksabstimmung in die Wege leiten wolle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219320922-16/fragment/page=0002

Wolsen (Kr. Bitterfeld). Der Gastod. Der Vorarbeiter August R. aus Dessau, der bei der Wolsener Anilinfabrik beschäftigt ist, stieg trotz Warnungen in einen Behälter, in dem Salpeter und Schwefelsäure gemischt wurden und der in Reparatur genommen war, ohne Benutzung einer Schutzmaske. Obwohl das Gefäß mehrmals ausgespült und einige Tage mit Wasser gefüllt war, konnten aus der Chamottemauerung noch genügend Gase entweichen, um R., der nur ungefähr sechs Minuten im Gefäß war, schwer zu vergiften. An den Folgen der Vergiftung ist er gestorben.

Bernburg. Im Vorort Waldau wurde der Schmelzer Schwarz von seinem großen Hunde angefallen und so schwer zugerichtet, daß er in der Klinik trotz sofort vorgenommener Operation verstarb.

Löbejün (Saalkreis). Die Ehefrau des Schmiedemeisters Plock trank in selbstmörderischer Absicht Lysol. Als ihr 22jähriger Sohn hinzukam und sah, daß sich die Mutter vor Schmerzen krümmte, lief er aus Verzweiflung auf den Hausboden und erhängte sich. Der Zustand der Frau ist hoffnungslos. Die Gründe dieses Dramas sollen in Familienstreitigkeiten zu suchen sein.

Obermaschwitz (Saalkr.). Auf der Landstraße waren vier Arbeiter mit Pflaumenpflücken beschäftigt. Dabei wurde ihre Leiter vom Winde gegen die Starkstromleitung geworfen, wobei die Drähte auch mit dem Baum in Berührung kamen. Die Drähte der 15000-Volt-Leitung schmorten durch und fielen zur Erde. Von der großen Stichflamme wurden die Zweige des Baumes in Brand gesetzt, die zum Teil verkohlten. Die vier Männer kamen ohne Verletzungen davon.

Dessau. Am Sonntag stürzte kurz nach 3 Uhr das Kleinflugzeug D 1753 einer akademischen Fliegergruppe, das sich am 2. Wettbewerb des Zuverlässigkeitsfluges 1932 des Deutschen Luftfahrt-Verbandes beteiligte, aus etwa acht Meter Höhe über dem Junkersflugplatz infolge Uebersteuerung ab. Das Flugzeug war in Dessau zwischengelandet. Führer und Begleiter blieben unverletzt, jedoch wurde das Flugzeug fast vollständig zerstört. Die beiden Flieger mußten ihre Reise mit der Bahn fortsetzen.

Magdeburg. Die Fahrt in den Tod. Der Versicherungsbeamte Kurt Schöne aus Magdeburg, der sich an einer Sonderzugfahrt der Reichsbahn nach Oberstdorf beteiligte, ist in den Seewänden bei Oberstdorf tödlich abgestürzt. Der Verunglückte hatte sich mit seinem Freunde auf der Rückkehr von einer Wanderung vom Nebelhorn zum Alpsee in der Dunkelheit in den Seewänden verstiegen.

Neuhaldensleben. Bei einer Hühnerjagd in Barneberg ereignete sich ein schwerer Jagdunfall. Durch Unvorsichtigkeit schoß ein Feldhüter auf den Landwirt Günther, der schwer verletzt wurde.

Genthin. Der Tod in der Sandgrube. Im Landheim Mützel (Kr. Jerichow II) der Magdeburg-Wilhelmstädter Versuchsschule hatten sich spielende Kinder eine Höhle gegraben. Plötzlich gab die Wand der Höhle nach und begrub zwei Kinder unter sich. Trotz sofortiger Hilfe konnte nur ein Kind lebend geborgen werden. Ein zehnjähriger Knabe war schon erstickt.

Osterburg (Altmark). Ein grausiges Verbrechen hat sich am Sonntag in Rengerslage (Kr. Osterburg) zugetragen. Die Frau eines Landarbeiters warf ihren vier Jahre alten Jungen in eine Abortgrube. Als man auf das Verschwinden des Kindes aufmerksam wurde, war er bereits tot. Die Frau, die anscheinend geistesgestört ist, wurde festgenommen.

Osterburg (Altmark). Der SA-Mann Perleberg aus Stendal hat sich im Parteilokal der NSDAP erschossen. Er wurde sofort nach dem Krankenhaus gebracht, da er noch schwache Lebenszeichen von sich gab, doch starb er bald nach seiner Einlieferung. Man fand bei ihm einen Abschiedsbrief an seine Mutter.

Oebisfelde. Die spinale Kinderlähmung ist auch in Oebisfelde ausgebrochen. Die 35jährige Frau des Postschaffners Labuhn ist an dieser Krankheit gestorben. Sie hinterläßt ihren schwerkriegsbeschädigten Mann und zwei Kinder im Alter von elf und zwölf Jahren.

Groß-Ottersleben. Für Groß-Ottersleben, mit seinen mehr als 10 000 Einwohnern nicht nur das größte Dorf, sondern zugleich auch der größte Ort des Kreises Wanzleben, ist ein Staatskommissar bestellt worden. Groß-Ottersleben hat Schwierigkeiten, die Gelder für die Arbeitslosen flüssig zu machen, zumal die Reichssteuern immer erst nach Monaten überwiesen werden. Früher haben die meisten Arbeiter in Magdeburg Arbeit und Brot gefunden, aber mit der zunehmenden Schrumpfung in der Industrie wurde das Arbeitslosenheer immer größer.

Wernigerode. Schon lange lag dem Kreise Wernigerode der Ausbau der Straße Ilsenburg—Beckenstedt—Schmatzfeld am Herzen. Soeben hat die Gesellschaft für öffentliche Arbeiten, Berlin, das Projekt genehmigt und ein Darlehen von 78 000 Mark gewährt. Die Gesamtkosten belaufen sich auf rund 120 000 Mark. Die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung gibt einen verlorenen Zuschuß von 18 000 Mark, während der Kreis Wernigerode 24 000 Mark aus der Kraftfahrzeugsteuer zur Verfügung stellt. Rund 6000 Tagewerke für Arbeitslose werden durch das Projekt geschaffen.

Auf dem Schlachtfelde von Roßbach.

Roßbach. Die hier abgehaltene 175-Jahr-Feier der Schlacht bei Roßbach auf den Schlachtfeldern gestaltete sich trotz der ungünstigen Witterung zu einer machtvollen Kundgebung, an der über 20 000 Personen teilnahmen. Roßbach, Reichardtswerben und Großkayna, in denen sich die teilnehmenden Vereine sammelten, glichen wahren Heerlagern.

Der Vorsitzende des Kreiskriegerverbandes Querfurt, Dr. Weiß, begrüßte die zahlreich erschienenen Ehrengäste, unter denen sich als Vertreter des Reichspräsidenten Oberst v. Jagow, Magdeburg, als Vertreter des Reichswehrministeriums Oberstleutnant Friederici befanden.

Die Festrede hielt das Mitglied des Gauvorstandes des Stahlhelms Dr. Steinbrecht, Freyburg. Es gibt keinen Deutschen, so sagte er, der das stolze Wort der „Schlacht bei Roßbach" nicht kennen würde. Auch jetzt, nach 125 Jahren, lebe die Erinnerung in dem deutschen Volke an diesen Tagen fort, und sie werde nicht verblassen, solange deutsche Menschen lebten, die unseres Geistes und unseres Blutes seien.

Darauf schilderte der Redner den Verlauf der denkwürdigen Schlacht, in der 15 000 Preußen mehr als 35 000 Verbündete in die Flucht schlugen. Die Stellung der Heere auf dem Schlachtfelde war durch blaue, rote, gelbe und weiße Tuchstreifen markiert, so daß man sich, unterstützt durch den Vortrag von Dr. Steinbrecht, ein getreues Bild von der Schlacht machen konnte.

Dann erfolgte der Vorbeimarsch der Vereine und des Stahlhelms vor den Ehrengästen, der eine Dreiviertelstunde dauerte. Etwa 4600 Mitglieder der Kriegervereine, an der Spitze ein Wald von 180 Fahnen, waren in dem Zug, denen ungefähr 1600 Stahlhelmer mit 60 Fahnen folgten.

Schweres Unwetter im Kreis Torgau.
Große Verwüstungen. / Ein Schwerverletzter.

Torgau. Ein ungemein schweres Unwetter suchte am Sonntagmorgen das unweit Torgau gelegene Dorf Rosenfeld heim.

Der Himmel verfinsterte sich, und die Gegend lag in einem schwefelgelben Licht. Der Regen strömte in unheimlichen Mengen hernieder, so daß die Dorfstraßen Bächen glichen. Bäume von 40 Zentimeter Durchmesser wurden vom Sturm wie Streichhölzer geknickt. Ein kalter Schlag traf die neue große Scheune des Landwirts Damm und deckte sie mit einem explosionsartigen Knall vollständig ab. Das riesige Dach wurde auf die Nachbargebäude geschleudert, deren Dachstühle dadurch fast völlig zerstört wurden. Die Gewalt des Unwetters war so groß, daß massive Mauern umgeworfen wurden. Alles Obst ist von den Bäumen gerissen worden.

Schwer verletzt wurde der Milchfahrer Köhler, der an einer Scheune Schutz gesucht hatte. Auch hier wurde das Dach abgedeckt, und Köhler, Vater von acht Kindern, von herabfallenden Ziegeln getroffen. Er vermochte das vor seinen Wagen gespannte, scheuende Pferd nicht zu halten. Es ging durch und Köhler stürzte, als der Wagen in einen Graben fuhr, gegen einen Telegraphenpfahl, wobei er eine schwere Rückenmarksverletzung davontrug. Er liegt im Torgauer Krankenhause und befindet sich in Lebensgefahr. Sonderbarerweise hat der Sturm nur strichweise gehaust.

Der Polizistenmord in Königsberg

Königsberg, 21. September.

Das Sondergericht in Königsberg verurteilte den Angeklagten Otto Altrock, der auf einer Einbruchsfahrt den Polizeibeamten Wenendt aus Labiau durch einen Schuß in die Lunge getötet hatte, zu 15 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust. Sein Komplice Kluwe erhielt ein Jahr neun Monate Zuchthaus.

Seit 32 Jahren leprakrank

Gumbinnen, 21. September.

In der ostpreußischen Stadt Heinrichswalde wurde eine Frau in das Krankenhaus eingeliefert, bei der nach dem klinischen Befund Lepra (Aussatz) festgestellt worden ist. Wie mitgeteilt wird, ist die Frau bereits seit 32 Jahren krank; sie lebte in einem schon halb verfallenen Hause in der Nähe von Heinrichswalde und hatte fast gar keinen Umgang.

Neues aus aller Welt

Blutige Tragödie im Osten Berlins. Im Osten Berlins spielte sich eine blutige Tragödie ab, die den Tod zweier Menschen zur Folge hatte. In der Wohnung eines Schlächters in der Lietzmannstraße kam es zwischen einem Untermieter und dessen Freundin zu heftigen Auseinandersetzungen. Dabei geriet der Mann so in Wut, daß er nach einem Schlächtermesser griff und seiner Freundin, noch ehe sie aus dem Zimmer flüchten konnte, die Kehle durchschnitt. Als er sah, was er angerichtet hatte, verübte er auf die gleiche Weise Selbstmord. Die Leichen wurden von der Polizei beschlagnahmt.

Politische Schießerei in Altona. An einer Straßenkreuzung in Altona wurden etwa 25 Nationalsozialisten abends von Kommunisten mit Aschenheimern beworfen und aus Pistolen beschossen. Beim Erscheinen der Polizei flohen die Kommunisten in die anliegenden Nebenstraßen und Häuser. Da von den Flüchtenden auch auf die Polizeibeamten geschossen wurde, feuerten diese mehrere Schreckschüsse ab. Die Kommunisten sind entkommen. Bei einem SA.-Mann wurde ein mit sechs Schuß geladener Trommelrevolver und eine Schreckschußpistole gefunden. Ein anderer Nationalsozialist trug Pistolenmunition bei sich. Beide Personen wurden festgenommen.

Selbstmord eines Untersuchungsgefangenen. Im Kieler Gerichtsgefängnis hat sich ein 63jähriger Bäckermeister, der sich wegen Hehlerei in Untersuchungshaft befand, erhängt.

Raubüberfall auf einen Bauernhof. In Oberreihe (Holstein) drangen nachts zwei maskierte und mit Revolvern bewaffnete Männer in das Schlafzimmer des Hofbesitzers Gaden und zwangen den Ueberfallenen und seine Frau, ihr Geld herauszugeben. Die Verbrecher flüchteten mit einer Beute von 20 RM auf einem Motorrad.

Großer Hofbrand in Nordschleswig. In Haustedt im Kreise Tondern brannte der umfangreiche Gutshof des Besitzers Mariensen nieder. Alle Erntevorräte, die Maschinen, 28 Stück Vieh, 40 Schweine, 2 Pferde und alles Geflügel sind ein Raub der Flammen geworden.

Eine Schülergruppe vom Blitz getroffen. Bei einem Gewitter schlug in einer Siedlung bei Görlitz der Blitz in eine Linde, unter der Schulknaben vor dem Regen Schutz gesucht hatten. Der 12 Jahre alte Sohn des Arbeiters Goppert wurde vom Blitz erschlagen, während der neben ihm stehende Sohn des Heizers Stephan schwer verletzt wurde. Drei weitere Knaben erlitten leichtere Lähmungen.

Schwere Bluttat eines Arztes. In Leipzig-Eutritzsch hat ein 34 Jahre alter Augenarzt in seiner Wohnung seine 32 Jahre alte Ehefrau und seine 3jährige Tochter erschossen und sich dann selbst zu erschießen versucht. Er wurde mit schweren Kopfverletzungen in das Krankenhaus gebracht, wo er nach seiner Einlieferung starb. Aus einem hinterlassenen Briefe geht hervor, daß ihn seine berufliche Stellung als Augenarzt nicht mehr befriedigte.

Zwei Tote bei Grubenunglück. Auf einer Grube in Kohlscheid (Kr. Aachen) wurden drei Bergarbeiter beim Vortreiben eines Stollens von Gesteinsmassen verschüttet. Ein Arbeiter war sofort tot. Die beiden anderen Verschütteten wurden ins Krankenhaus eingeliefert, wo einer von ihnen kurze Zeit darauf starb. Bei dem zweiten besteht Lebensgefahr.

Schweres Autounglück bei Freiburg. Bei dem Dorfe Wolfenweiler bei Freiburg ereignete sich ein schweres Autounglück. Ein mit vier Personen besetzter Kraftwagen fuhr dort gegen einen Baum und wurde völlig zertrümmert. Zwei Insassen, ein Freiburger namens Behrens und ein Gastwirt aus Buggingen, wurden getötet, die beiden anderen wurden so erheblich verletzt, daß sie in die Freiburger Klinik eingeliefert werden mußten.

Revision im Paderborner Prozeß Meyer. Gegen die Verurteilung des Viehhändlers Kurt Meyer jun. aus Paderborn wegen Totschlags zu 15 Jahren Zuchthaus hat der Staatsanwalt beim Reichsgericht Revision eingelegt. Der Staatsanwalt hatte die Todesstrafe beantragt.

Grubenunfall in Oberschlesien. Auf dem Krugschacht der Scarboferm-Gesellschaft bei Königshütte ereignete sich ein Grubenunfall. Infolge einer Erderschütterung stürzte in der dritten Abteilung des Schachtes die Kohlenwand ein und begrub die beiden Häuer Joseph Kubiza und Paul Wieczorek unter sich. Es gelang der Rettungsmannschaft zwar, die beiden Verschütteten nach kurzer Zeit zu bergen, jedoch war Kubiza bereits tot. Wieczorek wurde schwerverletzt in das Knappschaftslazarett eingeliefert.

Fünf Verletzte durch Motorradfahrer. Ein schweres Motorradunglück ereignete sich in Königshütte dadurch, daß der Motorradfahrer Joseph Marschal in eine Spazziergängergruppe hineinfuhr. Hierbei wurden fünf Personen verletzt. Marschal soll angeheitert gewesen sein.

In den russischen Bergen verunglückt. Vier österreichische Arbeiter der Rostower landwirtschaftlichen Maschinenfabrik, die eine Hochgebirgstour zum Gipfel des Uschba in Swanetien (Transkaukasus) unternommen hatten, sind spurlos verschwunden. Man vermutet, daß sie in eine Gletscherspalte gestürzt sind. Eine Rettungsexpedition ist sofort ausgesandt worden, um nach den Verschollenen zu suchen.

Die Frauen werden größer!

Das hätte den Männern noch gefehlt, daß ihnen die Frauen über die Köpfe wachsen! Aber es ist tatsächlich so, denn ein Neujorker Blatt hat von den wissenschaftlichen Feststellungen des Dr. Paisan berichtet, wonach in Nordamerika wie auch in England die Frauen größer und die Männer kleiner werden. Der Mediziner sagt uns auch, auf welche Ursachen dieser Größenwechsel angeblich zurückzuführen ist. Die Männer werden also darum kleiner, — weil die industrielle Beschäftigung mit ihren modernen Maschinen stärkere Ansprüche an ihre Nerven und Hirnsubstanz stellt als an ihre Muskeln. Dafür vergrößert sich die durchschnittliche Frauenerscheinung, und auch hierfür liegt die Ursache nicht ganz fern: die modernen häuslichen Einrichtungen lassen das schönen Geschlecht mehr Muße für Körperkultur, Freiluftleben, Turnen und Gymnastik. Während des letzten Jahrzehntes ist in den vorgenannten beiden Ländern die durchschnittliche Körpergröße der sog. gebildeten Damenwelt von 5 Fuß 5 Zoll auf 5 Fuß 6 Zoll gestiegen; der weibliche Ehrgeiz versteigt sich aber bis zu der Hoffnung, 5 Fuß 8 Zoll zu erreichen. Das wäre also eine weitere Ankündigung jenes „Matriarchats", d. h. jener Frauenherrschaft, die sich in gewissen Ländern bereits am Horizonte zeigen soll, und deren Wirkung in der Zeit des sinkenden Hellas die antike Geschichtsschreibung so drastisch darstellt. Wenn übrigens die mittelalterlichen Rüstungen kleiner sind, als heute für einen durchschnittlich gewachsenen Mann erforderlich wäre, dann erhebt sich die Frage, weshalb jenes streitbare Geschlecht *dereinst körperlich so beschaffen war, denn damals gab es* doch noch keine Technisierung im Maßstabe von heute und auch noch keine Industrie, die die Muskeln der Wackeren lahmlegte. Im Gegenteil, sie konnten sich doch ganz ihrer kriegerischen Betätigung widmen! Also irgend etwas stimmt da nicht. Merkwürdig ist immerhin, daß auch ein deutscher Wissenschaftler vor gar nicht langer Zeit mit der Entdeckung an die Oeffentlichkeit trat, daß gleichfalls in Deutschland die Männer kleiner und die Frauen größer würden!

Revue der Astrologie

Man darf die Astrologie mit allen ihren verwandten Zweigen heute schon nicht mehr unter die kritische Lupe nehmen, ohne sich dabei den Zorn Hunderter von begeisterten Anhängern dieser Wissenschaft zuzuziehen. Man darf nicht mehr sagen, dies oder das erscheint uns unglaubwürdig, oder kann auf Zufall beruhen, denn wir leben, so scheint es, im Zeitalter des Horoskops, im Zeitalter der Erkenntnis, daß nur einzig und allein die astralen Einflüsse für Leben und Schicksal des Menschen entscheidend sind.

Irgendein geschäftstüchtiges Unternehmen hat jetzt in einer Großstadt eine astrologische Revue inszeniert, mit der sie die Menschen der astralen Wissenschaft näherzubringen glaubt. Aber ist nicht das, was wir heute an astrologischem Tamtam erleben, nicht schon eine Revue für sich? Es mag ja konzediert werden, daß wir Menschen alle unter unserem Stern stehen, der uns auf unserem Lebensweg begleitet und entsprechend dann und wann beeinflußt. Aber das darf nicht dazu führen, daß man den Versuch unternimmt, in Deutschland „Astralopfer" zu züchten.

Eine Fülle von Zeitungen sind heute „seherischer" und horoskopischer Natur, es werden überall astral-wissenschaftliche Vorträge gehalten, die Horoskopsteller haben sich eigene Läden gemietet, und selbst an den Straßenecken steht heute der Horoskopverkäufer mit der gleichen Selbstverständlichkeit wie der Händler, der ein Putzmittel für die Küche feilzubieten hat.

Nun haben wir vor gar nicht langer Zeit gelesen, daß ein junger Mann seinem Leben ein Ende bereitete, weil ihm jemand ein unglückliches Horoskop gestellt hatte. Bei dem Abschiedsbrief des jungen Mannes fand sich dieses Horoskop und wurde schließlich zum Gegenstand einer großartigen Nachprüfung durch soundsoviel andere Horoskopsteller. Dabei entschied sich die Mehrheit dieser „Wissenschaftler" dafür, daß das Horoskop überhaupt falsch gestellt worden war. Dieser Vorfall allein müßte eigentlich, wenn es sich bei dem jungen Mann auch um eine offenbar sehr sensible Natur handelte, eigentlich der Anlaß zu einem Drama und weniger zu einer Revue sein.

Die Mehrheit des deutschen Volkes ist heute noch längst nicht in der Lage, die Ausführungen dieser „hohen Wissenschaft" von sich aus zu kontrollieren, eine Tatsache, die nicht zuletzt wohl dazu beiträgt, daß viele Astrologen skrupellos ihren Geschäftsgeist freien Spielraum lassen. Solange Astrologie und Horoskopie von der Wissenschaft nicht gleichberechtigt neben anderen Wissenschaften anerkannt sind, so lange sollte das Volk oder die Bevölkerung diesen Dingen mit berechtigtem Mißtrauen entgegentreten. Tut sie es nicht, so läuft sie wohl in den meisten Fällen Gefahr, ebenso gewissenlos den „Sehern" ins Garn zu gehen, wie den Kartenlegern und Wahrsagern aus dem Kaffeegrund.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219320922-16/fragment/page=0003

Der Eisenexport nach Amerika

Während sich die ersten Besserungen der internationalen Wirtschaftslage am Horizonte zeigen, und mehr denn je von wirtschaftlicher Zusammenarbeit der einzelnen Länder geredet wird, mehren sich praktisch die Abschließungsbestrebungen der großen Industrieländer gegen einander und die größten Länder fallen immer wieder in den kleinlichen Irrtum zurück, daß eine handelspolitische Abschließung das A und O der wirtschaftlichen Weisheit und den letzten sicheren Ausweg aus allen Schwierigkeiten bedeutet. Ganz besonders auffällig in diesem Zusammenhange ist das Bestreben der Vereinigten Staaten von Amerika, die Einfuhr ausländischer Eisenerzeugnisse abzudrosseln. Dadurch erfährt auch der deutsche Export an Eisenerzeugnissen, der infolge der verlustbringenden Weltmarktpreise völlig gedrosselt werden mußte, eine weitere Gefährdung. Bereits im Jahre 1927 hatten die Vereinigten Staaten durch Androhung bzw. durch teilweise Erhebung von Antidumpingzuschlägen Maßnahmen gegen die Einfuhr deutschen Eisens ergriffen, die erst nach langen Verhandlungen vorläufig außer Kraft gesetzt wurden, und außerdem hatte die amerikanische Regierung versucht, durch besondere Qualitätsvorschriften eine Verwendung ausländischen Eisens zu erschweren. Im Herbst 1929 erfolgte dann die Einführung des stark protektionistischen Zolltarifs, und leidlich hat sich in den Vereinigten Staaten unter Führung der Iron and Steel Institute eine lebhafte Propaganda gegen die Einfuhr ausländischen Eisens bemerkbar gemacht. Die amerikanischen Produzenten versuchen entweder eine Erhöhung der bestehenden Zölle oder eine strenge Handhabung der bestehenden Antidumpingbestimmungen durchzusetzen. Alle diese Maßnahmen erfolgen, obwohl ein Dumping seitens der europäischen Länder mit dem Zwecke einer Schädigung der amerikanischen Eisenindustrie in keiner Weise getrieben wird. Praktisch kommt dies ganze System auf eine vollständige Einfuhrsperre für ausländische Eisenprodukte heraus. Da ist es wenigstens ehrlicher, wenn in amerikanischen Fachzeitschriften wiederholt in Anbetracht der gesunkenen Eisenerzeugung eine vollständige Einfuhrsperre für ausländische Eisenprodukte ungescheut gefordert wird. Die Vereinigten Staaten sollten sich freilich stets die Tatsache vor Augen halten, daß die Handelsbilanz zwischen Amerika und Deutschland vorteilhaft für Amerika allein gewesen ist und daß die beträchtlichen Rohstoffmengen, die Deutschland und die anderen europäischen Länder jährlich von Amerika beziehen, auf die Dauer nur dann gekauft werden können, wenn sich umgekehrt Amerika zur Aufnahme europäischer Waren bereit erklärt. Auch die Höhe des ausländischen Eisenabsatzes nach Amerika rechtfertigt in keiner Weise derartige einschneidende Abschließungsbestrebungen. Im „Iron Age", das in dem Kampf um die handelspolitischen Abwehrmaßnahmen besonders aktiv Stellung nimmt, wurde kürzlich eine Zuschrift des Präsidenten einer bedeutenden Eisenimportfirma veröffentlicht, in der mit aller Eindringlichkeit die wirkliche Sachlage klargestellt wird. Danach stellte sich im Jahre 1930 die amerikanische Produktion an Walzwerkserzeugnissen auf über 19 Millionen Tonnen, während sich die Einfuhr von Walzwerkserzeugnissen nur auf 225 000 Tonnen belief. Der Wert der amerikanischen Erzeugnisse betrug rund 600 Millionen Dollar gegenüber einem Einfuhrwert an Fertigerzeugnissen von etwa sieben Millionen Dollar. Die ausländische Zufuhr am amerikanischen Eisenmarkt betrug also mengenmäßig nur 1,2 Prozent, und wertmäßig etwa 1 Prozent der amerikanischen Erzeugung; die Einfuhrzahlen lagen im Jahre 1931 bereits erheblich unter denen des Jahres 1930 und der früheren Jahre und werden im Jahre 1932 noch unter den Ziffern von 1931 liegen. Im „Iron Age" werden weiter die verderblichen Auswirkungen der amerikanischen Zollgesetzgebung klar herausgestellt. Wenn Amerika im Jahre 1929 noch drei Millionen Tonnen Eisen, im folgenden Jahre aber nur noch 1,5 Millionen Tonnen hätte exportieren können, so wäre dieser Rückgang vorwiegend auf die Gegenmaßnahmen der einzelnen Länder als Antwort auf das Smoot-Hawley-Zollgesetz zurückzuführen. Ueberdies dürfte bei einem Streben nach völliger Abdrosselung der Eiseneinfuhr nach Amerika nicht die Tatsache übersehen werden, daß der amerikanische Staat je Tonne Eisen durchschnittlich 6,72 Dollar an Zöllen erhalte, und daß der größte Teil der Ladungen durch amerikanische Schiffe nach den Vereinigten Staaten gebracht würde. Das Fehlen derartiger Rückladungen würde u. a. auch zur Folge haben, daß die Frachten für amerikanische Produkte nach Europa entsprechend anziehen und dadurch deren Konkurrenzfähigkeit mehr oder weniger erheblich beeinträchtigen würden. Von welcher Seite man auch das Problem der handelspolitischen Abschließung Europas anpackt: es zeigt sich, daß die Vereinigten Staaten schlecht beraten sind, wenn sie über die bisher bestehenden Einfuhrhindernisse hinaus noch weitere Einschränkungen vornehmen wollen. Die amtliche deutsche Handelspolitik kann an der immer stärker werdenden protektionistischen Einstellung Amerikas nicht vorbeigehen.

Es ist unbedingt erforderlich, daß sich die zuständigen deutschen Stellen mit dieser Tatsache beschäftigen, um die deutsche Eisenindustrie bei ihrem Kampf um die großen Märkte der Welt, der in den letzten Jahren immer schärfere Formen angenommen hat, tatkräftig zu unterstützen. Sie werden schließlich allen Ernstes erwägen müssen, ob es nicht Zeit ist, dem amerikanischen Feldzuge gegen die Einfuhr europäischen Eisens mit wirksamen Gegenmaßnahmen zu begegnen. Von einer wirklichen Besserung der wirtschaftlichen Lage wird niemals die Rede sein können, solange bei den großen Industrieländern derartige kleinliche Schikanen und von einem kurzsichtigen Protektionismus getragene Maßnahmen an der Tagesordnung sind.

Millionen von Tagewerken!

Der freiwillige Dienst marschiert.

Der freiwillige Arbeitsdienst hat im Bezirk des Landesarbeitsamts Mitteldeutschland eine sehr erfreuliche Entwicklung genommen. Im Laufe eines Jahres sind vom Beginn des freiwilligen Arbeitsdienstes an im gesamten Bezirk des Landesarbeitsamts Mitteldeutschland 534 Maßnahmen bewilligt worden. **Bei diesen Arbeiten sollen rund 2 000 000 Tagewerke von insgesamt 21 155 Arbeitsdienstwilligen geleistet werden.** Bei Gegenüberstellung dieser Zahl mit den vorhandenen arbeitslosen männlichen Jugendlichen unter 25 Jahren ergibt sich, daß durch den freiwilligen Arbeitsdienst nach dem Stand vom 30. Juli 1932 mindestens 21,4% der arbeitslosen männlichen Jugendlichen erfaßt werden.

Im Freistaat Anhalt beträgt die Zahl der Arbeitsdienstwilligen 10,3% der arbeitslosen männlichen Jugendlichen, in der Provinz Sachsen 11,9% und im Freistaat Thüringen 16,2%.

Auf Grund der neuen Bestimmungen über den freiwilligen Arbeitsdienst wurden im Laufe des Monats August 1932 109 weitere Maßnahmen bewilligt, bei denen 5713 Arbeitsdienstwillige an 461 000 Tagewerken beschäftigt werden sollen.

Nachdem inzwischen eine Anzahl Arbeiten beendet sind, wurde im Monat August noch an 394 Maßnahmen gearbeitet. Geleistet wurden in diesem Monat 303 801 Tagewerke. Am 30. August 1932 waren 15 586 Arbeitsdienstwillige beschäftigt. Von diesen entfielen auf den Freistaat Anhalt 649, auf die Provinz Sachsen 5753 und auf den Freistaat Thüringen 9184.

Es ist anzunehmen, daß der freiwillige Arbeitsdienst bei dem regen Interesse, dem er überall begegnet, noch erheblich zunehmen und im Laufe der Zeit den größten Teil der Jugendlichen erfassen wird.

Lohnsenkung in der Textilindustrie

Vor der Schlichterkammer in Leipzig fanden am Montag Lohnverhandlungen statt, die sich auf die gesamte Textilindustrie westlich der Linie Sondershausen—Erfurt—Altenau—Coburg (also in Großthüringen und Provinz Sachsen einschließlich der genannten Orte) und auf die Strickereien und Wirkereien des Bezirks Kassel bezogen. Der Schlichter lehnte eine generelle Lohnsenkung allerdings ab, doch soll bei den für den 26. September festgesetzten Verhandlungen eine Vereinbarung über eine Kürzung der Akkordzuschläge herbeigeführt werden.

Wie die „Th. K." hierzu erfährt, wird der Arbeitgeberverband erst in den nächsten Tagen hierzu Stellung nehmen.

Gouverneur Schnee in Berlin.

Nach längerem Aufenthalt in Ostasien ist das deutsche Mitglied der Völkerbundskommission für den chinesisch-japanischen Konflikt, Gouverneur Dr. Schnee, wieder in Berlin eingetroffen.

○ **Wie Fische reden!** Ueber dieses Thema hat sich Professor Collins in einem Vortrag näher verbreitet: Der Gelehrte wies darauf hin, daß die Fische einen großen Vorzug vor allen anderen Tieren haben und sogar vor den Menschen selbst. Sie reden einmal niemals unnütz, und wenn sie reden, hat es auch etwas zu bedeuten. Sie verschwenden ihre Zeit niemals an nutzlosem Geschwätz. Das Reden bei einem Fisch ist zu verstehen als die Erzeugung von Tönen. Es ist eine ganz irrige Vorstellung, daß die Fische überhaupt keine Laute vorbringen können. Sie sind dazu nicht nur imstande, sondern können die Töne auch wirklich erzeugen. Dabei kann von allen unnatürlichen Lauten abgesehen werden, die zum Beispiel ein Hering ausstößt, wenn er im Netze gefangen ist. Die Fische haben ohne Zweifel die Fähigkeit, auch im gewöhnlichen, freien Leben stimmliche Aeußerungen zu machen. Sie entstehen dadurch, daß ein Teil des harten Knochenskeletts beweglich ist und sich auf einem anderen Knochenteil reibt. Die Knochen haben rauhe Oberflächen, und daher kommt bei der Reibung ein Ton zustande. Am frühesten hat man diese Erscheinung bei dem bekannten Stichling beobachtet. Bei anderen Fischen wieder wird ein Ton dadurch hervorgebracht, daß Luft gegen die Ventile der Luftblase gepreßt wird. Noch andere Fische besitzen zwei kleine, elastische Dornen, die durch einen Muskel so bewegt werden können, daß sie in schneller Folge gegen die Luftblase schlagen und einen Ton, ähnlich einem Trommelwirbel, hervorrufen!

4 Wochen kostenlos

liefern wir Ihnen gegen Einsendung des anhängenden Gutscheines die „Wirtschaftlichen Kurzbriefe".

Was die WK sind?

Deutschlands größte Zeitschrift für Steuerwesen und Wirtschaftskunde!

Die Zeitschrift, zu deren Mitarbeitern einige der gesuchtesten Steuer- und Wirtschaftsrechtler gehören!

Die Zeitschrift, die über einen vorbildlichen Kundendienst verfügt und nachweislich Zehntausende von Spezialauskünften an ihre Abonnenten erteilte!

Die Zeitschrift, die infolge ihrer einzigartigen technischen Gestaltung ein nie versagendes Nachschlagewerk bildet.

Mehr als 46000 fortschrittliche Köpfe gehören zu den Abonnenten. Auch Sie sollten sich diese Einrichtung zunutze machen. Es wird bestimmt Ihr Vorteil sein. Bitte schicken Sie uns also den Gutschein ein!

Gutschein! Rudolf LORENTZ Verlag Charlottenburg 9 Kaiserdamm 38

Senden Sie mir — uns, wie versprochen, die WK 4 Wochen vollkommen kostenlos u. unverbindlich

Betr. Brennholzversteigerung.

Die überständigen Kirschbäume der städtischen Plantage an der Wetzendorfer Straße sollen am Sonnabend, dem 24. September d. Js., nachmittags 3 Uhr zum Selbstroden öffentlich meistbietend versteigert werden.

Treffpunkt: Am Friedhof.

Bedingungen im Termin.

Nebra, den 20. September 1932.

Der Magistrat. Grünberg.

Beglaubigung der Rentenquittungen.

Sämtliche Rentenquittungen sind zur Beglaubigung bis spätestens Dienstag, den 27. September d. Js., 12 Uhr mittags im Rathaus, Zimmer Nr. 3, abzugeben.

Die Abholung der Quittungen erfolgt am Freitag, den 30. September d. Js., von 14—15 Uhr im Rathaus, Zimmer Nr. 3.

Nebra, den 19. September 1932.

Der Bürgermeister als Ortspolizeibehörde. Grünberg.

Bund Königin Luise

Einladung zur Tagung

des Unter-Gaues Unstruttal

am 25. September 1932, nachm. 2 Uhr in Freyburg a/U., „Sektkellerei".

Festfolge:

Ansprachen der stellv. Bundesführerin und der Gauführerin.

Festrede: **Herr Dr. Steinbrecht-Freyburg.**

Theater und andere Darbietungen.

Um zahlreiches Erscheinen der Kameradinnen (blaues Bundeskleid) wird gebeten.

Gäste sind herzlich willkommen.

Die Untergau-Führerin. Frau von Helldorff.

Speise-Kartoffeln

und Kartoffeln wie sie der Stock gibt, verkauft gegen Barzahlung und erbittet **Bestellungen**

Rentamt Nebra a. U.

Eßt

deutsche Trauben des Unstruttales!

Weinbauverband der Provinz Sachsen.

Viel Freude

und geistige Anregung in jedes Haus bringen

Velhagen & Klasings Monatshefte

Monatlich nur **2.10** Rm.

In aller Welt, wo Deutsche wohnen, sind Velhagen & Klasings Monatshefte verbreitet. Diese Zeitschrift veröffentlicht als erste die neuen Werke unserer großen Dichter.

Sie bringt in fesselnder und allgemein verständlicher Form die Forschungen unserer bedeutenden Gelehrten vor eine große Leserschaft.

Sie berichtet in Wort und Bild, was es Neues gibt auf den weiten Gebieten der Technik, des Sports, der Mode, des Theaters, des Kunstgewerbes.

Sie pflegt mit ihren weltberühmten farbigen Kunstbeilagen die bildende Kunst.

Der Verlag Velhagen & Klasing, Leipzig übersendet auf Wunsch gegen Einsendung von 30 Pfg. in Marken für Porto kostenlos ein Heft (sonst Rm. 2.10) als Probeheft.

Großer Pferdeverkauf !!

36 Stück prima sehr gute

Arbeitspferde

im Alter von 4—11 Jahren, Belgier, Dänen, Ermländer und Oldenburger, aus der schwersten Arbeit kommend, werden ab heute unter voller Garantie sofort ganz **billig** verkauft. Eventuell mit komplettem Geschirr.

Richard Fleck, Artern. Grabenstraße, Gut Nr. 9.

Drucksachen aller Art

fertigt an in sauberer, moderner Ausführung und liefert

Buchdruckerei Wilh. Sauer, Roßleben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219320922-16/fragment/page=0004

A 1 Universitätsbibliothek

Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild" und „Das Leben im Wort"

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.— RM — Durch die Post bezogen 1.10 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauersche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Kaufmann Hugo Mögling (vorm. Ww. Meitz), Markt 34/35
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 221. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme am Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten:
Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 114 Donnerstag, den 22. September 1932. 45. Jahrgang

Zweierlei Englisch

Präsident Henderson nach Minister Simon.

Der Vorsitzende der Abrüstungskonferenz, Henderson, hat dem Reichsaußenminister Freiherrn von Neurath in einem Brief die deutsche Absage für die Sitzung des Büros der Konferenz bestätigt, und er hat einen Tag später in einem Zeitungsaufsatz seine Auffassung über die Haltung Deutschlands und die aus ihr abzuleitenden Folgen niedergelegt.

Diese beiden Verlautbarungen des von England bestellten Präsidenten der Abrüstungskonferenz, also wohl doch des für das ganze Abrüstungsproblem kompetentesten Engländers, unterscheiden sich sehr auffällig von der Note, die der englische Außenminister Simon in der Abrüstungsfrage an die Reichsregierung gerichtet hat.

Der Unterschied liegt sowohl in der Form wie in der Gesinnung. Präsident Henderson hat sein Schreiben an den Reichsaußenminister in einem überaus konzilianten Ton gehalten und sich bemüht, den deutschen Gründen für das Fernbleiben von der Konferenz sachliche und stimmungsmäßige Gegengründe entgegenzustellen, die zeigen,

daß er die Berechtigung des deutschen Standpunktes anerkennt, und daß auch er keinen Zweifel an der Notwendigkeit lassen möchte, zu positiven Ergebnissen zu kommen.

Wenn er sich auf seine Rede vor der Generalkommission bezieht und sich selbst zitierend sagt, wenn er nicht an eine Zeit der Ernte glaube, so würde er die Kommission bitten, ihn zu entschuldigen, daß er nicht noch einmal für ein halbes Jahr nach Genf käme, so ist das für den Kenner der Person Hendersons ganz gewiß nicht nur Zweckoptimismus, sondern der ehrliche Glaube an die Möglichkeit des Erfolges.

Die Ehrlichkeit der Gesinnung Hendersons und die Geradheit seiner Auffassung geht besonders eindringlich auch aus seinem Aufsatz im „News Chronicle" hervor, wo er sagt, daß auch für die Sitzung des Büros der Konferenz die deutsche Forderung auf Gleichberechtigung die entscheidende Frage sein werde, daß die Dringlichkeit dieser deutschen Forderung nicht zu unterschätzen sei, und daß keine Sektion der Abrüstungskonferenz darüber erstaunt sein könne, daß diese Frage jetzt mit solcher Dringlichkeit aufgeworfen werde.

Das klingt wesentlich anders als der schulmeisternde und völlig an dem Gewicht der Tatsachen vorübergehende Inhalt der Londoner Note. Wenn Henderson am Schluß seines Aufsatzes sagt, daß im Hinblick gerade auf die Bindungen von Versailles und Locarno nur eine Antwort auf die deutsche Forderung möglich ist, die sich nicht nur mit der Ehre, sondern ebenso mit der Aufrechterhaltung guter Beziehungen unter den Nationen verträgt, so spricht auch aus diesen Worten ein anderer Geist als aus denen des englischen Außenamtes. Die Kommentare der englischen Presse zu der Note an Deutschland zeigen, daß der überwiegende Teil der öffentlichen Meinung Englands ebenso denkt wie Henderson, und vielleicht bleibt doch noch ein Rest von Hoffnung, daß die verhärtete Bürokratie des englischen äußeren Dienstes durch solche Stimmen eines Bessern belehrt und auf den einzig möglichen Weg gewiesen wird. Niemand würde das mehr begrüßen als Deutschland.

Englische Kritik

London, 21. September.

Der liberale „News Chronicle" bedauert in einem Leitartikel den Entschluß Deutschlands, nicht nach Genf zurückzukehren, nennt ihn aber begreiflich. Es sei auch bedauerlich, daß die britische Denkschrift keinen entschiedeneren Beitrag zur Lösung dieses kritischen Problems bringe. Die Denkschrift des Foreign Office sei keineswegs ein Ausdruck der wahren Stimmung des Landes.

„Daily Expreß" schreibt: Das britische Publikum ist der Ansicht, daß der Friedensvertrag meint, was er sagt, und daß die britische Nation nicht beabsichtigt, sich mit den Deutschen zu vereinigen um der Franzosen willen, die nur ihre militärische Beherrschung Europas aufrechterhalten wollen.

Amerikanischer Druck

Deutschland soll sich an den Genfer Beratungen beteiligen.

Washington, 21. September.

Zur deutschen Forderung nach Gleichberechtigung hat der Präsident der Vereinigten Staaten, Hoover, eine Erklärung veröffentlicht, in der er darauf hinweist, daß die Haltung Amerikas zu dieser Frage klar sei. Es handle sich um eine europäische Frage, und überdies habe Amerika auch nicht den Vertrag von Versailles unterzeichnet. Die Vereinigten Staaten hätten lediglich an einer schrittweisen Abrüstung in der ganzen Welt Interesse und wünschten, daß sich Deutschland weiterhin an der Abrüstungskonferenz beteilige, die heute für die ganze Welt so erfolgversprechend sei. Die Vereinigten Staaten würden ihre Hilfe leihen, um dieses Ziel zu erreichen.

Kanzler und Landtagspräsident

Die Beanstandung eines Parlamentsbeschlusses.

Berlin, 21. September.

In der Presse wird im Zusammenhange mit dem Bericht über den Empfang des Landtagspräsidenten Kerrl bei Reichspräsident von Hindenburg davon gesprochen, daß Reichskanzler von Papen, der bei diesem Empfang zugegen war, von dem Landtagspräsidenten die Zurücknahme eines seinerzeit gefaßten Landtagsbeschlusses verlangt hat, wonach den preußischen Beamten geraten wurde, den Anordnungen der kommissarischen Staatsregierung nicht Folge zu leisten.

Von zuständiger Stelle wird dazu erklärt, daß Reichskanzler von Papen in der Tat der Erwartung Ausdruck gegeben hat, daß es bei diesem Beschluß des Landtags nicht bleiben werde. Der Kanzler hat den Landtagspräsidenten darauf aufmerksam gemacht, daß die kommissarische preußische Staatsregierung sich mit einem derartigen Beschluß des preußischen Landtags nicht abfinden könne.

Es handelt sich um einen kommunistischen Antrag, der in der Sitzung des Preußischen Landtags vom 30. August dieses Jahres Annahme fand. Der Antrag lautet: „1. Der Reichspräsident wird aufgefordert, sofort seine Verordnung vom 20. Juli 1932 betr. die Einsetzung des Reichskommissars für Preußen aufzuheben; 2. alle auf Grund dieser Verordnung getroffenen Maßnahmen sind sofort rückgängig zu machen;

3. kein Beamter oder Angestellter ist verpflichtet, den auf Grund dieser Verordnung erlassenen Dienstanweisungen nachzukommen.

Die Beanstandung richtet sich gegen die Forderung zu 3, die mit einer aus Nationalsozialisten und Kommunisten bestehenden Mehrheit zum Landtagsbeschluß erhoben wurde.

Die Zustimmung zum Regierungsprogramm

Von der Reichskanzlei wird mitgeteilt: Dem Reichskanzler sind aus Anlaß des durch Rundfunk verbreiteten Regierungsprogramms eine so ungemein große Anzahl von Zustimmungserklärungen aus allen Teilen des Landes zugegangen, daß er sich zu seinem Bedauern außerstande sieht, sie alle persönlich zu beantworten.

Er übermittelt daher auf diesem Wege seinen herzlichen Dank allen denen, die sich in der Not des Vaterlandes mit heißem Herzen als Kämpfer in die Reihen der Front „mit Hindenburg für Deutschlands Erneuerung" stellen.

Rückkehr Dr. Schnees

Herzlicher Empfang in Berlin.

Berlin, 21. September.

Gouverneur z. D. Dr. Schnee, das deutsche Mitglied der Völkerbundskommission für den chinesisch-japanischen Konflikt, traf aus Ostasien kommend in Berlin ein. Dr. Schnee hat auf dieser Reise insbesondere eng mit Lord Lytton, dem Führer der Kommission und früheren Vizekönig von Indien, zusammengearbeitet. Auf dem Bahnhof hatten sich neben der Gattin des Gouverneurs der japanische Botschafter und eine große Zahl von Persönlichkeiten zum Empfang eingefunden. In einer Ansprache brachte Exzellenz Dr. Schnee zum Ausdruck,

daß er es als seine Pflicht erachte, seine Kräfte jetzt einzugliedern in den großen Kampf um Deutschlands Gleichberechtigung, das heißt um die Erringung der nationalen Sicherheit für Deutschland, die Beseitigung der Kriegsschuldlüge, die Wiedergewinnung deutscher Kolonien, die Lösung der Fragen, die mit dem Auslandsdeutschtum zusammenhängen.

Exzellenz Schnee schloß seine Ausführungen mit dem Hinweis darauf, daß wirkliche Gleichberechtigung erst vorhanden sein würde, wenn der Versailler Vertrag in seiner Gesamtheit beseitigt sei.

Staatsgerichtshof am 6. Oktober

Vorläufig auch keine Reichsratssitzung.

Berlin, 21. September.

Der Termin vor dem Staatsgerichtshof, in dem über die Klage der preußischen Minister wegen der Einsetzung des Reichskommissars entschieden werden soll, wird nochmals eine Vertagung erfahren.

Die Verhandlung, deren Beginn für den 29. September in Aussicht genommen worden war, wird voraussichtlich erst am 6. Oktober beginnen.

Im Reichsrat besteht unter diesen Umständen die ungeklärte Lage fort. Weder das Reichsratsplenum noch Ausschüsse des Reichsrats sind bisher zu Sitzungen einberufen worden. Da dringlicher Arbeitsstoff zurzeit für den Reichsrat nicht vorliegt, wird man auch in der nächsten Zeit noch die Einberufung des Reichsrats nach Möglichkeit vermeiden. Eine Reichsratssitzung vor der Entscheidung des Staatsgerichtshofs würde jedenfalls den Konflikt mit aller Schärfe von neuem wieder aufleben lassen, da die bisherigen preußischen Reichsratsbevollmächtigten nach wie vor allein das Recht in Anspruch nehmen, Preußen im Reichsrat zu vertreten.

National und sozial!

13. Kongreß der christlichen Gewerkschaften.

Düsseldorf, 21. September.

Der 13. Kongreß der christlichen Gewerkschaften setzte die Aussprache über die allgemeine wirtschaftliche und politische Lage fort. Die Aussprache nahm den ganzen Vormittag in Anspruch. Besonders eingehend wurde die wirtschaftspolitische und soziale Frage behandelt.

Eindringlich schilderten die Delegierten die harte Not der erwerbslosen Kollegen und Kolleginnen, denen bei den jetzigen Unterstützungssätzen jede Existenzmöglichkeit fehle.

Sie forderten Ausbau der christlichen Arbeiterhilfe, die so segensreich gewirkt hat, an die aber in der kommenden Zeit große Anforderungen gestellt werden müssen.

Nach Schluß der Aussprache stellte Abgeordneter Schaar-Leipzig fest, daß die christlichen Gewerkschaften sich mit aller Macht gegen diejenigen Kreise wehren werden, die die Absicht haben, die Arbeiterschaft in Deutschland wieder zu Staatsbürgern zweiter Klasse zu machen. Dann fuhr der Redner fort: Trotz allem, was in der letzten Zeit passiert ist, muß immer noch die hohe Verantwortung, die die christlichen Gewerkschaften gegenüber Staat und Volk tragen, unterstrichen werden. Wir als christliche Gewerkschaften bedauern es in außerordentlichem Maße, daß mit dem Ausdruck nationaler Willensäußerung so viel antisoziale Gesinnung verknüpft worden ist.

Alles, was hier gegen die Politik der letzten Monate gesagt worden ist, geschah nicht vom parteipolitischen Standpunkt aus; es ist gesagt worden, um dem Volke zu dienen, denn wer der Arbeiterschaft dient, dient auch dem Volke. Was wir fordern, ist, daß nationale Gesinnung und soziale Gesinnung untrennbar für alle Zukunft sein müssen.

Nach Verlesung des Berichts der Mandatsprüfungskommission trat eine kurze Mittagspause ein. Nach der Mittagspause sprach der Geschäftsführer des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, F. Baltrusch, Mitglied des RWR., über die Wirtschaftskrise und die volkswirtschaftliche Organstellung der Gewerkschaften.

Die Herbstmanöver 1932

Riesige Mengen von Schlachtenbummlern im Gelände.

Frankfurt a. O., 21. September.

Die in dem Oder-Warthe-Bogen angesetzten roten Kräfte, darunter ein Kavalleriekorps, hatten bis zum Abend mit der Masse etwa die Gegend Meseritz—Schwiebus—Züllichau erreicht. Die weit vorgeschobenen Aufklärungstruppen, unter denen sich auch motorisierte Patrouillen befinden, hatten den Auftrag, über die Oder beiderseits nach Westen vorzustoßen. Von diesen Aufklärungskräften erreichten unter schwachen Kämpfen die nördlich vorgehenden Teile die Gegend zwischen Reppen und Sternberg, die südlich über Crossen vorgehenden die Oder beiderseits von Fürstenberg. In der Gegend von Fürstenberg kam es zu Kämpfen mit

Nachmittag auf

n Uebergang der

der Mandschurei

in China von

wenigstens fürs erste zusammengeführt, auch die internationale Politik wird durch das Vorgehen Japans aufs stärkste in Mitleidenschaft gezogen, und auch hier zeigt sich eine gemeinsame Front gegen Tokio.

Besonders in den Vereinigten Staaten kommt die Empörung und die Sorge über die japanische Politik sehr lebhaft zum Ausdruck und führt bis zu Erwägungen über diplomatische und nötigenfalls auch militärische Gegenmaßnahmen. Die englische Diplomatie kommt etwas langsamer in Schwung, aber auch in London ist man sich klar darüber, daß die Erklärung des japanischen Außenministers über die Einschränkungen der „offenen Tür" in der Mandschurei zu internationalen Verwicklungen führen muß. Der auf dem Heimweg befindliche Völkerbundsausschuß, der die Zustände in der Mandschurei an Ort und Stelle geprüft hat, sieht nach Berichten und Aeußerungen seiner maßgebenden Mitglieder die Lage als überaus kritisch an und glaubt, daß Japan seine politischen Ziele nur mit Gewaltmaßnahmen durchsetzen könnte. So wird das mandschurische Problem zu einer internationalen Sorge ersten Ranges und dürfte sich bald

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219320922-16/fragment/page=0005